

VPL kämpft für sofortige Korrektur der Landwirtschaftspolitik und lehnt Gegenvorschlag des Bundesrates zur Ernährungssicherheitsinitiative ab

Bern, 30.10.2014

Immer deutlicher zeigt sich, dass es ein politischer Fehler des Schweizer Bauernverbandes (SBV), anderen bäuerlichen Organisationen sowie der politischen Parteien war, das vom Verein für eine produzierende Landwirtschaft VPL (vormals Gruppe Joder/Graber) lancierte Referendum gegen die AP 14-17 nicht zu unterstützen.

Die vom Bundesrat gestern konkretisierten Perspektiven für die Agrarpolitik nach 2017 gehen komplett in die falsche Richtung. Die Politik des Bundesrates lautet: Grenzen öffnen, Direktzahlungen kürzen, Ökologisierung weiterführen und landwirtschaftliche Produktion einschränken. Mit der bundesrätlichen Politik wird die produzierende Landwirtschaft weiter eingeschränkt und die Landschaftsgärtner-Politik, verbunden mit sinnloser Bürokratie und grossem administrativen Aufwand, zementiert. Diese Politik des Bundesrates wird der einheimischen produzierenden Landwirtschaft weiteren nachhaltigen Schaden zufügen und den Schrumpfungsprozess in der Landwirtschaft beschleunigen.

Der Bundesrat will den Agrarfreihandel nicht nur mit der EU einführen, sondern generell und global fördern, was die Existenz tausender landwirtschaftlicher Betriebe gefährdet. Der vom Bundesrat in Aussicht gestellte Gegenentwurf zur Ernährungssicherheitsinitiative wird nicht klar begründet, ist widersprüchlich und verfassungsrechtlich unnötig. Im Kern geht es darum, die politische Grundsatzdiskussion über die Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik hinauszuzögern und die negativen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft aufrecht zu erhalten. Der VPL wird sich mit Entschlossenheit für die Umsetzung der Ernährungssicherheitsinitiative einsetzen und einem Rückzug des Volksbegehrens zu Gunsten eines bundesrätlichen Gegenvorschlages keinesfalls zustimmen.

Der VPL wehrt sich entschieden gegen die Beschlüsse des Bundesrates und wird mit allen politischen Mitteln für eine Korrektur der falschen Agrarpolitik kämpfen. Dabei geht es neben der Verhinderung einer weiteren Ausdehnung des Agrarfreihandels um eine markante Vereinfachung der Direktzahlungssysteme, politische Massnahmen gegen Kürzungen des Agrarbudgets sowie wirksame Verbesserungen der betrieblichen Rahmenbedingungen. Mit politischen Vorstössen wird der VPL diese Grundsatzfragen noch rechtzeitig vor den eidgenössischen Wahlen 2015 auf Bundesebene zur Diskussion stellen und damit die Zukunft der Schweizerischen Landwirtschaft zu einem Kernthema machen.

Medienkontakt

Nationalrat Rudolf Joder
Präsident VPL
Mobile: +41 (0)79 819 53 08

Nationalrat Ernst Schibli
Vorstandsmitglied VPL
+41 (0)79 431 77 51